

blickpunkt

Nr. 277
Januar 1994

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Jeder nimmt wo er kann

Überall wird jetzt vom Sparen geredet. Es ist kein Geld mehr da, heißt es. Den Kämmerern fallen dann die Vereine ein, die sparen könnten und ersinnen immer neue Erhöhungen. Jetzt wurden in unserer Stadt Gebührenbescheide verschickt, die manchen ganz schön erschreckt haben. Das Erschrecken wird weitergehen, denn die Abzockerei setzt sich in Bonn, den Ländern, Kreisen und Kommunen weiter fort.

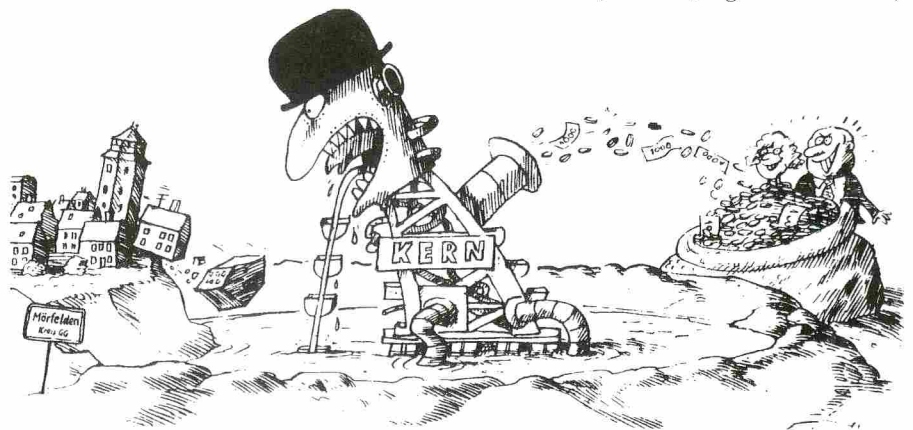
In der letzten "blickpunkt"-Ausgabe belegten wir einmal mehr, Geld ist da - es versickert nur in anderen Kanälen. Dazu ein paar weitere Gedanken.

In diesen Tagen beginnen gerade Gerichtsverfahren wegen Korruptionsfällen und Bestechungen. Die Tatorte: Rathäuser in Südhessen. Es zeigt sich dabei: Bei öffentlichen Bauaufträgen gibt es kaum noch einen Wettbewerb. Es gibt Absprachen, Manipulationen, Schmiergelder und einen künstlich eingeschränkten Anbieterkreis. Udo Müller, Präsident des Hessischen Rechnungshofes, sagte dazu vor kurzem: "Aufgrund der Prüfungen des Hessischen Rechnungshofes haben wir Erfahrungen gesammelt, in welchem Umfang im Baubereich Absprachen und Manipulationen - vor der Auftragsvergabe, während der Eröffnung der Angebote und danach - stattfinden, die einen Wettbewerb, wie ihn sich der Bürger vorstellt, nicht mehr ermöglichen. Es finden Absprachen zwischen Unterneh-

men zum Teil unter Einschluß öffentlich Bediensteter statt, um einen Bieter zum Zuge kommen zu lassen, der nicht den günstigsten Preis hat, sondern oft eher den höchsten." Der Schaden dieser organisierten Kriminalität ist gewaltig.

Man geht davon aus, daß allein dem Land Hessen jährlich 120 Millionen Mark Schaden entstehen. Nicht eingerechnet sind dabei die Baumaßnahmen der Kommunen, für die sie keine Landesmittel erhalten und die deshalb der

(Fortsetzung nächste Seite)



Drohen Waldabholzungen im Oberwald?

Das Kiesunternehmen Kern, früher Mitteldorf, hat Antrag auf Abbau von Sand im Mörfelder Oberwald gestellt. Östlich der Autobahn sollen hierfür nahezu 40 Hektar Wald fallen. Die Firma Kern beruft sich auf Verträge mit der Gemeinde Mörfelden aus dem Jahre 1953. Die Stadt könnte regreßpflichtig werden und klagte deshalb schon 1972 gegen einen ablehnenden Beschluß des Regierungspräsidenten. Welch eine Schizophrenie!

Seit 1953 sind 40 Jahre ins Land gegangen und wir sind heute mit vielen Bürgern der Meinung "in unserer Region darf kein Wald mehr fallen, weder für Kiesgruben, noch für Straßen, noch für den Flughafen". Aber die CDU Mörfelden, vornweg Rudi Haselbach, sieht das anders. Er steht dem Begehren des Kiesmillionärs aufgeschlossen gegenüber und meint, wiederum von nicht besonders wertvollem ökologischem Wald sprechen zu können. Er sieht die Hilferufe der Sandindustrie belegt und wir müßten die einzigen Bodenschätze über die wir verfügen auch nutzen. Interessant an der Geschichte ist, der Anwalt der Firma Kern ist der frühere hessische Umweltminister Karl-Heinz Weimar, CDU.

Heinz Hechler

Hessische Rechnungshof auch nicht prüft.

Müller weiter: "Unsere Aussagen über Manipulationen in hessischen Landkreisen und Gemeinden beruhen auf Erfahrungen aus inzwischen zwölf geprüften Landkreisen. In allen war in Einzelfällen festzustellen, daß manipuliert und geschoben wurde. Neue Prüfungsergebnisse bestätigen, daß auch andere Landkreise davon betroffen sind."

Die Baubranche ist besonders anfällig für ein solches System des Gebens und Nehmens. Hier geht es um Millionen, um Aufträge und Nachfolgeaufträge. Die örtlichen Freizeitparlamentarier sind bei der notwendigen Kontrolle in der Regel, auch in Mörfelden-Walldorf, total überfordert.

Bezahlt nun der Staat seine Beamten so schlecht, oder woran liegt es, daß immer wieder Bedienstete solchen Verlockungen erliegen, könnte man fragen. Einer der Gründe ist, daß das Unrechtsbewußtsein nachläßt und Manipulationen nur noch als Kavaliersdelikte gelten. Wenn allgemein das Ansehen der Politik und der Verwaltung nachläßt, dann leidet darunter natürlich auch das Unrechtsbewußtsein der Staatsdiener. Man muß allerdings hinzufügen, daß es viele Beamte gibt, die sehr korrekt und ordentlich arbeiten. Die Versuchung ist allerdings sehr groß: Wenn man ständig mit einem relativ angemessenen, aber bescheidenen Gehalt großen finanziellen Interessengruppen gegenübersteht, dann siegt die Verlockung leicht. Machen wir uns also nichts vor. Jeder nimmt, wo er kann. Das sind nunmal die Wolfsgesetze im Kapitalismus.

POST

K. Schulmeyer, aus der Langener Str., bemängelt, daß die Stadt seit Beginn dieses Jahres Gebühren für die Auszüge aus dem Melderegister verlangt. Dadurch können Zeitungen kaum noch die Geburtstage der Altersjubilare ab 70 Jahre veröffentlichen. Er schreibt: "Vom Magistrat der Doppelstadt stehen doch wirklich keine Heldentaten mehr in der Zeitung. Deshalb sollten Sie den Bürgern wenigstens noch die täglichen Geburtstagskinder und Jubilare lassen."

Für wie dumm hält uns die CDU ?

Auf der einen Seite bemühte sich Ende vergangenen Jahres Rudi Haselbach gemeinsam mit seinem Landtagskollegen Weiß und dem Bundestagsabgeordneten Hörsken in einem Schreiben an die FAG auf die unerträgliche Fluglärmbelastung der Bevölkerung in unserer Region aufmerksam zu machen. Starke Worte wurden da formuliert wie "die Wohn- und Lebensqualität in der Flughafennahen Umgebung sei stark beeinträchtigt". Das macht sich gut zu Beginn des Superwahljahres 1994, zumal alle Zeitungen davon schrieben.

Auf der anderen Seite, und jetzt tritt die Scheinheiligkeit der Christdemokraten zutage, beschwerten sie sich lauthals, anläßlich der Diskussion um den regionalen Raumordnungsplan, über Einschränkungen für den Airport bzw. über Auswirkungen für das geplante Cargo-City-Süd. Politisch unsinnig und letztlich auch in der Sache nicht haltbar, sei das jetzt in der Stellungnahme des Kreises festgeschriebene Verbot zur Inanspruchnahme von Waldflächen für den Bau des neuen Frachtzentrums.

Schließlich gewährleiste die Flughafen AG eine mehr als ausreichende Kompensation für den heute beinahe wertlosen Wald, der für dieses Projekt fallen solle. Man könne den Flughafenbetreibern schlecht vorschreiben, wo sie auf ihrem eigenen Grund und Boden was bauen dürfen und wo was nicht. Haselbachs Kollege Weiß meinte sogar, wenn ein Nachtflugverbot gefordert würde sei das ein untragbares Vorhaben, das die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens bedroht. Ja was denn nun? Das eine geht nicht ohne das andere. Haselbach kann nicht jammern über Fluglärm und gleichzeitig für den Flughafen alle Freiheiten fordern. Und was heißt da wertloser Wald? Gibt es das überhaupt? Man sollte sich an die Scheinheiligkeit der Haselbachs und ihrer CDU bei kommenden Wahlen erinnern. H. Hechler

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Schleudersitz

Jeder sollte es eigentlich wissen. Die Arbeit der Vereine ist gerade in heutiger Zeit gar nicht hoch genug einzuschätzen. Gäbe es dort nicht die Jugendarbeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl, würden mehr abrutschen in Drogen- und andere Szenen. In unserer Stadt gibt es gerade deshalb auch Vereinsbezuschungsrichtlinien, an denen man nicht rütteln soll.

Aber da gibts den Vorndran, ein Mann der immer nur an das eine denkt, er gibt den Vereinen jetzt so richtig motivierende Ratschläge. Sie sollen ihre Beiträge erhöhen, mehr freiwillige Leistungen übernehmen, die Sportplätze selbst mähen usw. Davon abgesehen, daß diese "Ratschläge" so eine Art Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Vereine sind, offenbart dieses Herangehen doch auch etwas über die Person dieses Kämmerers und SPD-Vorsitzenden. Wenner so weitermacht, wird die SPD beim nächsten Neujahrsempfang garantiert noch mehr zu jammern haben. Vielleicht paßt dieser Mann doch besser ins mittlere Management eines kapitalistischen Konzerns. Ob sie ihn dort noch nehmen, in zwei Jahren, wenn dieser Stadtrats-Sitz sicher neu besetzt wird, weiß man aber doch nicht so ganz genau.

Befreiungsschläge

Befreiungsschläge nennt man das. Die hessische Finanzministerin Annette Fugmann-Heesing ist wegen der Lotto-Affaire zurückgetreten. Der 1. Stadtrat Hans-Jürgen Vorndran hat seinen Gehaltsvorschuß zur Beschaffung eines privaten Pkw (22100,- DM) an die Stadtkasse zurücküberwiesen.

Brehl schreibt dazu den wunderschönen Satz: "Nachdem nunmehr die Rechtsauskunft des Landrats als Kommunalaufsicht vorliegt und nach dessen Rechtsauffassung die Gewährung eines Gehaltsvorschusses in der ursprünglichen Höhe nicht den Landesrichtlinien nach dem Beamtenrecht entspricht, ist durch die zwischenzeitlich erfolgte Rückzahlung eine Heilung des Rechtsmangels erfolgt." TÄTÄÄ!



Internationaler Frauentag 1994

Aufruf zum Frauenstreiktag am 8. März

Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, der Armen, der "Anderen" und auf Kosten der Frauen statt. Deswegen rufen Frauenverbände und Gewerkschaften am 8. März zum Frauenstreiktag auf. Zwischenzeitlich gibt es in fast allen Großstädten Streikkomitees und Anlaufstellen. Die Idee, einen Frauenstreiktag durchzuführen, ist nicht neu. Im Jahre 1975 traten die Frauen in Island in den Streik und 1991 organisierten die Schweizerinnen ihren Streik am Frauentag. Am 8. März 1994 ist es also in der Bundesrepublik so weit. Mit vielfältigen Aktionen sollen Forderungen deutlich gemacht werden. Frauen wollen es nicht länger hinnehmen, daß Frauenlöhne noch immer um dreißig Prozent unter denen der Männer liegen. Daß Frauen vor allem in den neuen Bundesländern massiv von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Durch den EG-Binnenmarkt ist zu befürchten, daß mehrere hunderttausend Frauenarbeitsplätze in den nächsten Jahren verloren gehen. Den Frauen reicht die sexuelle Demütigung am Arbeitsplatz, auf der Straße und in der "Partnerschaft." Wir sind bestürzt und beschämt, daß Vergewaltigung im Krieg als Waffe benutzt wird. Frauen fordern zum diesjährigen Frauentag: Die Teilhabe an

allen gesellschaftlichen Entscheidungen - Gleichmäßige Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit - Gleichberechtigung aller Lebensformen; allein, in der Gemeinschaft, hetero oder homosexuell - Frauen müssen selbst entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austragen oder nicht - Immigrantinnen und Immigranten, Flüchtlinge, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden müssen gleichberechtigt, angstfrei und sicher hier leben können - Keine Beteiligung bundesdeutscher Truppen an Kriegen. Unterstützung der Männer, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren.

Das "normale" Alltagsleben soll am Frauentag durch die Niederlegung von Frauenarbeit (Erwerbs-, Hausarbeit, kein Dienst nach Vorschrift) nicht in gewohnter Weise stattfinden. Nicht in allen Betrieben lassen sich jedoch Arbeitsniederlegungen realisieren. Leider gibt es gerade in vielen Großbetrieben zu wenig Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die diesen Frauentag unterstützen.

Die Gewerkschaften haben zu diesem nach der herrschenden Meinung rechtswidrigen Streiks selbst aufgerufen. Sie haben sich somit gemeinsam mit den Frauenverbänden über die herrschende Rechtsmeinung hinweggesetzt. Es hat in der Bundesrepublik bereits einige dieser politischen Streiks gegeben, die "5Mahnminuten" für Frieden und Abrüstung im Oktober 1983 sowie die Protestaktionen während der Arbeitszeit im März 1986 aus Anlaß der beabsichtigten Änderung von § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Trotzdem sollten die Erwartungen nicht allzu hoch angesetzt werden. Die Frauenbewegung hat in der jüngsten Vergangenheit einige Rückschläge hinnehmen müssen und ist nicht mehr organisiert aufgetreten. Nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes zur Neuregelung des § 218 war der Sturm der Empörung von kurzer Dauer. Im Vorfeld haben sich zudem nur noch sehr wenig Frauen gegen den § 218 aktiv eingesetzt. Bleibt zu hoffen, daß sich die Frauenbewegung mit Hilfe des diesjährigen Streiktages neu organisieren kann. Denn eine organisierte und breite Frauenbewegung werden wir in den nächsten Jahren bitter notwendig haben. H.Fritz

Es wird kalt im "Freizeitpark"

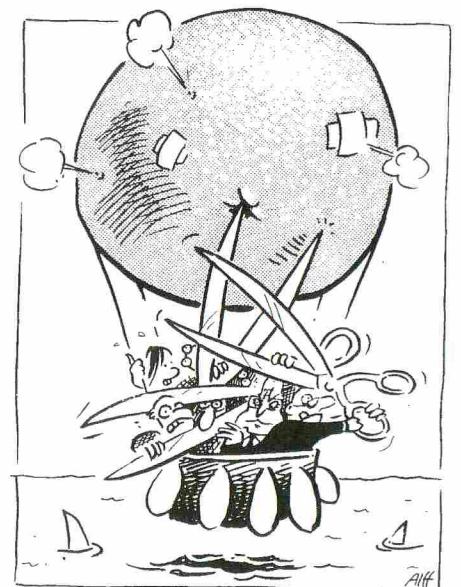
Es werden bald mehr Menschen auf den Bänken im "Kohl-Freizeitpark" erfrieren. DGB und Paritätischer Wohlfahrtsverband veröffentlichten gerade neue Zahlen über Armut in Deutschland. Demnach mußten 6,3% der Westdeutschen, das sind 4 Millionen Menschen, im Laufe des Jahres 1992 den Gang zum Sozialamt antreten. Im Osten waren es 670.000 Bürgerinnen und Bürger. Eine Zunahme binnen Jahresfrist um 38%.

Es gibt mittlerweile 850.000 Obdachlose und 550.000 Langzeitarbeitslose. Viele kinderreiche Familien leben im Elend. Dramatisch die Entwicklung in der ehemaligen DDR, wo bereits die Hälfte der Bevölkerung als "einkommensarm" gelte.

Ich kann mir nicht helfen, ich muß hier einfach noch ein paar aktuelle Zahlen anhängen. Laut "Spiegel" ist die Fürstin Gloria von Thurn und Taxis jeden Morgen, wenn sie aufwacht um eine halbe Million reicher und die Großbanken konnten ihre Profite gerade märchenhaft steigern (Commerzbank 104%, Deutsche Bank 64%).

Wie heißt's in der "Dreigroschenoper": "Und die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht . . ."

Kapitalismus pur! Rudi Hechler



Einsparungen, Kürzungen, Schnitte für den Aufschwung

2,3 Millionen Arbeitsplätze brutal vernichtet

Die sogenannte Erblast der DDR läge bei 275 Mrd. DM, erklärte die Treuhand. Die Tatsachen der kapitalistischen Privatisierung des Ostens sprechen allerdings eine andere Sprache, die einer historische einmaligen Kriminalstory. Was als "Erblast der DDR" ausgewiesen wird, soll in Höhe von 275 Mrd. DM dem Steuerzahler in Ost und West aufgebremst werden. Tatsache aber ist: 136 Milliarden DM von den 275 Mrd. gab die Treuhand an Konzerne und private Unternehmer als Zuschüsse für die Privatisierung und für die Stilllegung von DDR-Betrieben aus. Beispiele: Die Vereinigten Elektrizitätswerke AG (VEAG) Berlin und die Lausitzer Braunkohle (Laubag) werden als "Paket" an die drei westdeutschen Stromkonzerne RWE, PreußenElektra und Bayernwerk und an die RWE-Tochter Rheinbraun "verkauft". Zum Preis aber wollte die Treuhandzentrale nichts sagen! Der Treuhandsprecher verwies darauf, daß die Bitterfelder Vereinigte

Mitteldeutsche Braunkohle AG (Mibrag) für rund 2 Milliarden DM an ein britisch-amerikanisches Konsortium ging, das lediglich 10 Prozent des Kaufpreises "hinlegen" mußte, der Rest würde innerhalb von 40 Jahren "durch feste Kohlepreise abgegolten"!

In kaum noch zu überblickenden Fällen überließ die Treuhand westdeutschen "Unternehmen" kostspielige Immobilien für weniger als einen Apfel und ein Ei. So kassierte der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Albrecht (CDU), für eine DM die Eisen- und Hüttenwerke Thale AG. Das Kindererholungsheim Güntersberge wurde dem niedersächsischen Abkocher noch für Null-Mark draufgelegt. (Nach neuesten Meldungen soll die Treuhand 3000 Immobilien und Betriebe für je eine Mark "privatisiert" haben.) Die Treuhand hat im Osten 2,3 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. In erheblichen Maße wurden Betriebe, die für westdeutsche Konzerne eine Konkurrenz darstellten, für Minimalbeträge an die westdeutschen "Käufer" übergeben, die dann sofort die Ostproduktion stilllegten. Bekanntestes Beispiel: Die Kaligrube in Bischofferode. Sie reden von DDR-Erb- oder Altlast, es geht aber jetzt um eine kapitalistische Neulast von gigantischem Ausmaß.



Jeder sechste ohne Job

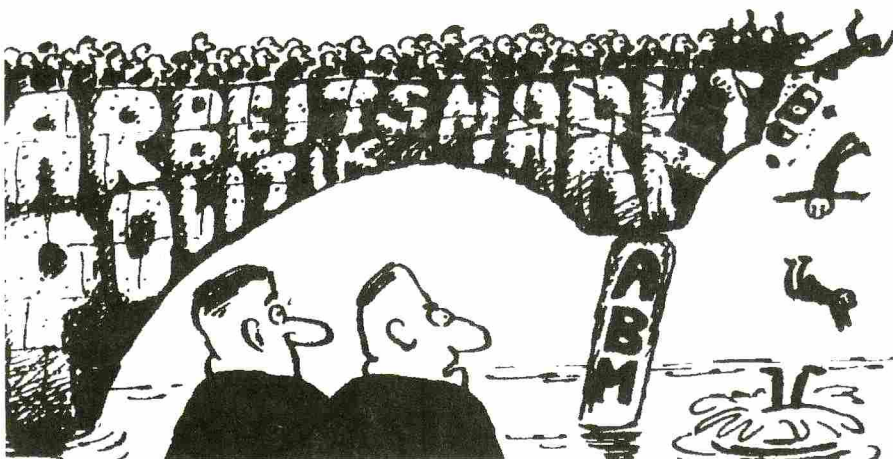
Die Zahl der "offiziell" Arbeitslosen in Deutschland hatte Ende Dezember mit 3,7 Millionen einen neuen Höchststand erreicht.

In den Alt-Bundesländern kletterte die Arbeitslosenzahl um 105.700 auf 2.513.700, die Quote auf 8,1 Prozent. In den neuen Ländern gab es einen Zunahme um 23.600 Erwerbslose auf 1.175.200. Der Anstieg der Arbeitslosenquote im Osten auf 15,4 Prozent sei angesichts "abnehmender Stützung durch Arbeitsmarktpolitik zu erwarten" gewesen, hieß es.

Insgesamt sei "in den neuen Bundesländern der Aufschwung am Arbeitsmarkt ausgeblieben", bilanzierte Jagoda, der Chef der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Beschäftigung sei nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 500.000 Beschäftigte auf jahresdurchschnittlich 29 Millionen gesunken. Im Osten habe die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um 200.000 auf 6,1 Millionen Beschäftigte abgenommen.

Nach Berechnungen der Baseler Prognos AG wird die tatsächliche "Unterbeschäftigung" in ganz Deutschland in diesem Jahr rund 7,5 Millionen Personen umfassen. Das bedeutet, daß bereits jeder sechste, der arbeiten kann und will, keinen regulären Job hat. Auch wenn die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahren kontinuierlich um zwei Prozent wachsen würde, kann dieses gewaltige Erwerbslosenheer selbst bis zum Jahr 2010 nicht abgebaut werden. Die Baseler Prognostiker gehen dann immer noch von einem Fehlbestand von fast vier Millionen Jobs und einer registrierten Arbeitslosigkeit von 2,6 Millionen aus.



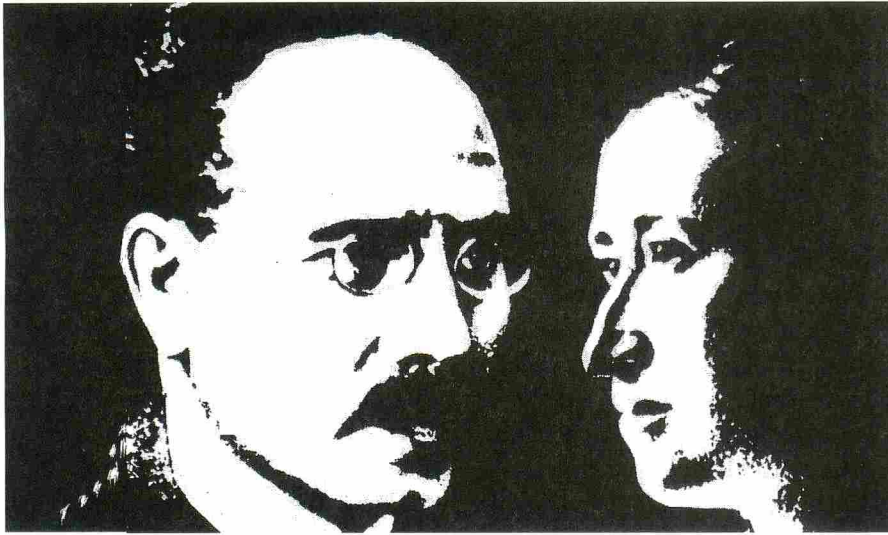
Festgehalten

"Man kann die IG Metall nicht so ohne weiteres zerschlagen, obwohl das sicherlich vieles erleichtern würde."

Rolf Kroker, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft, in einem Vortrag in Heidelberg.

"Wir müssen die Krise nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif."

Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie auf dem CDU-Grundsatzforum in Böblingen.



Vor 75 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, vor allem die Jüngeren, können mit den beiden Namen nicht viel anfangen. Die beiden Sozialisten gehörten zu den Gründern des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie wurden erschlagen, weil sie von den Herrschenden gefürchtet wurden. An ihrem Todestag gab es in Wiesbaden und Berlin Gegendemonstrationen, an denen sich weit über 100.000 Menschen beteiligten.

In Deutschland ist es immer noch schwer, einen unvoreingenommenen Zugang zum Gesamtvermächtnis der beiden Revolutionäre zu erhalten. Beide waren, gerade weil hoch gebildet, musikliebend, naturverbunden, kunstbesessen, so faszinierend als aufrechte und engagiert handelnde Sozialisten. Sie wollten, daß die Menschheit nicht ewig in Arme und Reiche gespalten bleibt, daß die Gebrechen der Welt mit der Wurzel ausgemerzt werden. Sie glaubten sich in Übereinstimmung mit den Sehnsüchten vieler ausgebeuteter und unterdrückter Menschen, spürten jedoch, daß es äußerst kompliziert werden und nicht ohne Niederlagen abgehen würde, auf dem Boden der alten eine neue Gesellschaft zu errichten. Sie

fragten sich schon, ob sie zusammen mit "Spartakus" und anderen unbeugsamen Gefährten in der Lage sein würden, Illusionen über das Erreichte zu zerstreuen und Kühnheit für ein Weibertreiben der Revolution zu erzeugen. Doch sollten sie deshalb, weil ihnen die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten noch nicht zustimmte und folgte, klein beigeben und zum ruhigen Abwarten besserer Zeiten mit günstigeren Bedingungen aufrufen? Nein, das war nicht ihre Art. Sie ließen sich von Zweifeln und Zweiflern nicht niederschmettern, stritten mutig weiter. Sie waren unbeugsame Kämpfer und Realisten. Das beweist auch die Tatsache, daß an einflußlosen Illusionisten kein politischer Meuchelmord, wie der vom 15. Januar 1919, inszeniert wird. Der revolutionäre Novembersturm hatte den bisher Herrschenden einen solchen Schrecken eingejagt, daß sie sich vor der Klugheit und Konsequenz, vor dem Charisma und der internationalen Achtung der beiden Köpfe der Spartakusbewegung fürchteten, zumal sich diese um die Jahreswende 1918/19 mit der KPD eine neue Basis schufen. Gemordet wurde mit Rosa Luxemburg eine Frau von politischem und wissenschaftlichem Format, mit Feingefühl und hohen Ansprüchen an ein lebenswertes Leben, eine linke Sozialdemokratin, kritisch-kreative Marxistin und nicht zuletzt eine welt-offene Jüdin, die als Ausländerin in Deutschland so viel leistete, daß sich 75 Jahre nach ihrem Tode mehr Menschen für sie interessieren als für die, die sie einst und später verketzerten.

Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war ein erster Todesstoß gegen die gerade entstehende Republik von Weimar, ewig mahnend, daß eine Demokratie, in der sozialistische Persönlichkeiten ermordet werden können, nicht von dauerhaftem Bestand sein kann, weil sie das oberste Prinzip bürgerlicher Demokratie - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - verletzt und Freiräume für rechtsextreme Verbrechen entstehen läßt. Schließlich wurde neben Rosa Luxemburg mit Karl Liebknecht ein Mann und Vater von drei Kindern getötet, der als Rechtsanwalt mutig politische und soziale Rechte der Klienten verteidigte und mit seinen juristischen Kenntnissen als Stadtverordneter, als Parlamentarier im preußischen Abgeordnetenhaus und Reichstagsabgeordneter viele Initiativen zur Demokratisierung der Verhältnisse in Deutschland ergriff. Er wußte sehr wohl zwischen friedfertigen Kreisen der Bourgeoisie und kriegsbesessenen Rüstungskapitalisten zu unterscheiden. Aber man kann sicher sein, ein Liebknecht in der SPD-Bundestagsfraktion würde ständig darauf verweisen, daß der idiotische Bundeswehreininsatz in Somalia jeden Tag eine Million kostet. Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Sozialismusvorstellungen waren vom Humanismus ihrer menschlichen Größe geprägt und wurzelten in einem auf wahre Volksherrschaft hinwirkenden Demokratieverständnis. Ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln auch heute noch Denkanstöße und Lehren, bestärken in der Übereinstimmung des Verlangens nach mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit, setzen Achtungszeichen vor drohenden Gefahren und erhalten sie als Persönlichkeiten unseres Jahrhunderts lebendig. Das Verhältnis zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wird ein Kriterium für entwickelte Demokratie, Solidarität, aktiven Schutz von Mensch, Kultur und Natur vor Barbarei und Selbsterstörung bleiben. Dies bejahen zu können, bedarf es für jeden einer persönlichen Anstrengung: Ihre Reden, Schriften und Briefe sollten gelesen werden. Ihr Leben und Wirken geben Kraft und Ansporn zu sinnvollem Handeln für mehr als die eigenen Interessen.

Gehaltvolles Wasser

Ein Schreiben des Kreisgesundheitsamtes an die Wasserwerke läßt aufhorchen. Bei etlichen Proben in der nahen Vergangenheit wurden die europäischen und bundesdeutschen Grenzwerte bei Mangan überschritten. Bei den Verantwortlichen weiß man davon schon lange. Durch die erhöhte Förderung der Mörfelder Brunnen und die dadurch überforderten Filter- und Aufbereitungsanlagen ist das Problem entstanden. Die Mörfelder Förderung wurde wegen einer "Schmutzfahne" aus Richtung Langen, die sich auf die Walldorfer Brunnen zubewegt, forciert. Der Wasserverbund mit Verbundwasserwerk macht es seit ein paar Jahren möglich, daß Mörfelder Wasser in den anderen Stadtteil fließt. Die Erweiterung der Mörfelder Wasserwerksanlagen, das Niederbringen von zwei neuen Brunnen, soll das Problem beseitigen. Die ersten Entscheidungen in diese Richtung haben die verantwortlichen Gremien getroffen.

Geht man davon aus, daß die Grenzwerte oft nach politischen und nicht nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten festgesetzt werden, so dürfen wir annehmen, daß die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung auch diesem politischen Kalkül in Deutschland und Europa unterliegen. Von daher ist jede Überschreitung des Grenzwertes als ein absolutes Warnsignal zu betrachten. Der Grenzwert bei Mangan liegt

Viele hätten gern einen Gasanschluß

Endlos muß bei uns oft gewartet werden auf die Verlegung von neuen Gasleitungen.

Ärgerlich sind auch die in Mörfelden-Süd wohnenden Bürgerinnen und Bürger. Da die Darmstädter- und Gräfenhäuserstraße, einschließlich der Seitenstraßen, in den Bereich der Wasserschutzzone fallen, müssen die Anwohner alle fünf Jahre ihre Öltanks überprüfen lassen. Ein Betroffener meinte, daß er diese Vorsichtsmaßnahme zwar ein-

bei 0,05 mg/l, in Mörfelden wurde 0,051 ermittelt. Der Laie wird denken, daß ein Tausendstel von einem Tausendstel Gramm pro Liter Wasser nicht der Rede wert sei. Das Gesundheitsamt sieht die Überschreitung als nicht so harmlos an, sonst hätte es nicht das erwähnt Schreiben verfaßt. Andererseits wäre Amt auch verpflichtet, bei akuter Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung die Brunnenanlagen zu schließen oder die Reduzierung der Wasserförderung anzuordnen. Das ist nicht geschehen und ist auch sicher nicht zu erwarten. Die durch Mangan ausgelöste Krankheit ist unter dem Namen Locura Manganica oder auch Manganismus bekannt. Sie ähnelt in vieler Hinsicht der Parkinson-Krankheit. Diese Krankheit bedeutet einen veränderten Stoffwechsel der biogenen Amine im Gehirn. Die Symptome der Manganvergiftung treten oft 1 bis 20 Jahre nach der Einnahme der hohen Dosis auf. Bei Eisenmangel wird doppelt so viel Mangan die Gehirnzellen erreichen, so daß Menschen, die chronisch unter Eisenmangel leiden, besonders gefährdet sind.

Ob des warnenden Hinweises aus dem Kreisgesundheitsamt braucht man nicht in Panik zu verfallen. Aber dennoch sollte die Abhilfe so schnell wie möglich erfolgen. Das Nahrungsmittel Nummer 1 ist in einem gesundheitlich und hygienisch einwandfreiem Zustand anzubieten. dr

sieht und er, wie alle in diesem Gebiet wohnenden Bürger, auch die Kosten von 150 Mark je Prüfung bezahlt hat. Er meinte aber gleichzeitig, daß mit der Umstellung der Heizung auf Gas die Gefahr der Grundwasserverschmutzung ein für allemal behoben wäre. Auch das Mörfelder Wasserwerk hat vor eineinhalb Jahren von Öl auf Gas umgestellt. Das Problem sieht der Bürger darin, daß die Maingaswerke bisher nicht bereit waren, in den betroffenen Straßen für Gasanschlüsse zu sorgen. Wir meinen, daß die Anwohner des Gebietes die volle Unterstützung der Stadt gegenüber den Gaswerken haben sollten. HH

Zukunftshoffnung - Zukunftsangst . . .

Die Bahn ist in aller Munde. Mit der Umwandlung des Staats-Beamten-Unternehmens in eine Aktiengesellschaft mit (noch) einem Großaktionär - dem Bund - werden Hoffnungen geweckt, die sich nur schwer erfüllen lassen - wenn überhaupt. Mit dem Slogan: 1835 hat die Bahn Deutschland revolutioniert - 1994 revolutioniert Deutschland die Bahn" greift man zu hehren Versprechungen. Die Zeit wird zur Nüchternheit zwingen, denn zwischen Imagepflege, Aufpolieren einerseits und dem grauen Alltag der Verwahrlosung der Bahnanlagen, des Zugmaterials, der Verspätungen, sinkender Dienstleistungen etc. andererseits klafft eine Lücke, die kaum zu überbrücken ist. Mehr Reisende auf die Bahn heißt die Betreuung der Kunden verbessern. Das fängt bei den Fahrplänen und dem Kartenverkauf an und geht über Attraktivität der Bahnhöfe und Züge bei guten Anschlußmöglichkeiten. Die Verkehrsteilnehmer unserer Stadt dürfen gespannt sein, ob die Nahverkehrszüge in kürzeren Taktzeiten fahren, ob es mehr Park-and-Ride-Plätze gibt, ob endlich Fahrradabstellplätze angeboten werden, ob die Bahnhöfe sauberer werden, ob die Fahrkartenautomaten störungsfreier funktionieren, ob die Schalteröffnungszeiten länger sind... Die Regionalisierung müßte aber rasche und deutliche Verbesserungen zeitigen und nicht nur ein zusätzliches Verwaltungsgremium darstellen. Und bei den Kosten ist die Konkurrenz der anderen Verkehrsanbieter zu berücksichtigen. Die betriebswirtschaftliche Lösung, die über Einstellung unrentabler Betriebsteile und drastischen Personalabbau angestrebt wird, ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die volkswirtschaftliche. Bezahlen in der Zukunft die Steuerzahler die arbeitslosen Eisenbahner? Wer die 80 Mrd. DM Altschulden der Bahn - die der Bund übernommen hat - bezahlt, ist klar. Auch den Ausbau und Verbesserungen der Bahn wird der Steuerzahler bezahlen, denn ob die Bahnbenutzer mehr werden bei steigenden Preisen (über 8% ab Januar) darf bezweifelt werden. rd

Spekulationen und Profit ohne Ende

Den Kapitalismus kann man auf verschiedene Weise erklären. Sein Wesen ist nicht auf die Arbeitsstätten, die Betriebe beschränkt. Er durchdringt alle Lebensbereiche, formiert und deformiert das soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche und private Zusammenleben. Was dem Kapitalismus aber noch nicht gelungen ist, ist die Vermehrung von Grund und Boden. Und da alles dem Profit, dem Geld untergeordnet ist, so wird auch der Boden zum Profit- und Spekulationsobjekt. Die Auswirkungen der Profitsucht um jeden Preis ist auch in unserem Stadtbild zu beobachten. Die Industrieansiedlung, die Massierung von Industrie und Gewerbe im Rhein-Main-Gebiet, der dadurch verursachte Siedlungsdruck läßt die Bodenpreise in die Höhe schnellen, die 1000-Mark-Marke für einen Quadratmeter ist bereits überschritten. Straßennamen wie Zwillingstraße und Bäckerweg, Wohngebiete wie Treburer Oberwald (Bewobau) werden zum Synonym für diese Entwicklung. Wenn plötzlich aus einem Ein-Fam.-Haus ein Sechs-Fam.-Haus wird, die Grundstücke bis zum Äußersten ausgenutzt werden, bleibt das Stadtbild auf der Strecke, Ver- und Entsorgungsleitungen werden überfordert, die Straßenquerschnitte sind dem entstehenden Verkehr nicht gewachsen. Die neuerliche Erleichterung im Baugesetzbuch zur raschen Schaffung von Wohnraum tut ein übriges. Ein Erfolgskonzept gegen den "Wildwuchs" gibt es nicht. Ein fehlender Bebauungsplan kann hier ein Hindernis sein und dort notwendig. Gestaltungssatzungen, Veränderungssperren können hilfreich sein, müssen es aber nicht. Man hüte sich davor, Illusionen zu schüren durch diese oder jene Verfahrensweise. Eine partielle Lösung kann Jahre dauern und dann von der Entwicklung schon überrollt sein. Wird ein Einvernehmen der betroffenen Anwohner nicht im voraus erreicht, kann ein Bebauungsplan durch Klageverfahren ein "Jahrhundertwerk" werden. Das alles sollte man wissen und trotzdem den Weg zur Stadtbildsicherung und zur Erhaltung von Wohnqualität beschreiten.

Mörfelden kam nur knapp an einer Überschwemmung vorbei

Von Hochwasserschäden ist der südliche Stadtteil von Mörfelden noch einmal davongekommen. Als vor Weihnachten die dramatischen Bilder von überfluteten Städten entlang der Flüsse unseres Landes gezeigt wurden, dachte so mancher Bewohner der Darmstädter Straße, der Bachgasse oder des Wilhelminenweges, hoffentlich bleiben wir verschont. Nicht ohne Grund, denn in früheren Jahren war Hochwasser in Mörfelden keine Seltenheit. An und in den Häusern entstand oft erheblicher Schaden. Vorräte wurden vernichtet, die Öltanks der Heizungen schwammen unter der Decke und im Mauerwerk hielt sich noch jahrelang die Nässe. Trotz der in den letzten Jahrzehnten durchgeführten Schutzmaßnahmen, wie der Bau eines Dammes im Hegbachbereich oder eines weiteren Durchlasses in Höhe der Bachgasse u.s.w., ist der südliche Stadtteil nicht ganz vor Überflutung gesichert. So meinte auch Bürgermeister Brehl, daß die Wasserstände der Bäche und des Bornbruchsees be-

drohlich hoch waren. Nur eine mehrstündige Regenunterbrechung habe Schlimmes verhindert. Es war aber auch aus dem Rathaus zu hören, daß die verschiedenen Hochwasser-Schutzeinrichtungen seit Anfang der achtziger Jahre nicht mehr auf ihre Funktionstüchtigkeit geprüft und auch nicht mehr gepflegt und gereinigt wurden. Dies soll nun in Zusammenarbeit mit dem Forstamt und dem Wasserverband in diesem Jahr geschehen. War das nicht ein Versäumnis, das schlimme Folgen hätte haben können?

Ob das in den nächsten Jahren aber noch alles ausreicht, kann nicht vorausgesehen werden. So sprechen Umweltschutzverbände heute schon von "hausgemachtem Hochwasser". Der gesamte "Landchaftshaushalt" sei gestört. Am Oberrhein hätten allein in den vergangenen 12 Jahren mehr "Jahrhunderthochwasser" stattgefunden, als in 120 Jahren zuvor. Sie sehen als Ursachen die Bachbegradigungen, die starke Bodenversiegelung und die Besiedelung ehemaliger Überschwemmungsbereiche, bei gleichzeitigen extremen meteorologischen Ereignissen. Außerdem sind die vom Waldsterben betroffenen Waldgebiete nicht mehr in vollem Umfang in der Lage, das Niederschlagswasser zurückzuhalten.

Heinz Hechler



So sah es in der Darmstädter Straße im Juni 1961 nach starken Regenfällen aus. Die Kellerfenster waren mit Sandsäcken geschützt. Die Feuerwehr versuchte, die Keller leerzupumpen und die Post wurde per Ruderboot ausgefahren.

Stadtgeschichten



Hochwasser im Mörfelder Unterdorf, auch "Sachsenhausen" genannt. Den Bewohnern der Häuser bereitete es Schäden und Kosten, aber die Kinder hatten dabei ihre Freude. Es war für sie ein Ereignis, zumal wenn es sich an einem warmen Augusttag, wie auf unserem Bild vom 18.08.1931, ereignete. Der damals ortsbekannte Fotograf Anthes konnte an diesem Tag insgesamt 37 Kinder, mit seinem Kasten unter dem schwarzen Tuch, verewigen. Einer wollte mit Stelzen die Straße überqueren und ein anderer sah sich gar als Flößer auf einer ausgehängten Stalltür. Die Erwachsenen hingegen schauten eher verhalten und nachdenklich aus den Fenstern ihrer vom Wasser eingeschlossenen Häusern dem Treiben auf der Straße zu.



In eigener Sache

Für die vielen dem "blickpunkt" auch im letzten Jahr zur Verfügung gestellten alten Fotos möchten wir uns recht herzlich bedanken.

Seit 1968 erscheint die Stadtzeitung der DKP monatlich und fast genau so lange erscheinen auf der letzten Seite Bilder aus dem Dorf Mörfelden und seit einiger Zeit auch aus Alt-Walldorf. Viele Bürger nehmen den "blickpunkt" und betrachten zuerst die letzte Seite mit den historischen Fotos. Man ist interessiert an den alten "Stadtgeschichten" und das freut uns. Damit diese Seite auch in Zukunft erscheinen kann, benötigen wir

auch künftig alte Fotos, die nach kurzer Zeit wieder unbeschädigt zurückgegeben werden. Wenn Sie uns ein solches zur Verfügung stellen wollen, dann wenden Sie sich an:

Heinz Hechler
Van-Dyck-Straße 48
Mörfelden-Walldorf
Telefon 3335

UZ Zeitung der DKP

Probexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Immer wieder ALDI

Erneut ein Hinweis einer Mörfelderin die gerade vom ALDI kam:

"Es war mal wieder nur eine Frau an der Kasse - sonst war kein Personal zu sehen - die Schlange ging bis an die Butter!"

Das ist dort öfter so. Diesmal war's am 19. 1., vormittags.